Deutschlands Zukunft heißt Europa

Auszüge aus Reden von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion in der Europa-Debatte des Deutschen Bundestages am 19. Januar 1989

1. Binnenmarkt – größter Wirtschaftsraum der westlichen Welt

EG – weltweit größter Handelspartner

„Die EG ist heute mit 30 Prozent am Welthandel beteiligt und damit größter Handelspartner. Im Vergleich mit vielen anderen Regionen der Welt ist die EG eine Insel des Wohlstands und der politischen Stabilität. Es ist eine Herausforderung, diese Position zu erhalten und auszubauen."
(Peter Kittelmann)

Neuer Typ des europäischen Unternehmers

„Wer die besten Startchancen beim Europamarkt hat, liegt auf der Hand: Es ist der Staat, der zukunftsorientierte, vorausschauende, tatkräftige Unternehmer und Arbeitnehmer hat, die risikobewußt Vor- und Nachteile abzuwägen verstehen. Der neue Typ des ‚europäischen Unternehmers' geht nicht auf alten, eingefahrenen Gleisen, es gibt kein Zurück in nationale Egoismen und kleinkarierte Denkschemen."
(Peter Kittelmann)

Der Binnenmarkt muß Handelsschranken beseitigen

„. . . schon geistert wieder das Wort der ‚Festung Europa', vor allem in den USA und in Japan geprägt, durch die Medien. Das Gegenteil muß der Fall sein. Der europäische Binnenmarkt muß beispielhaft für die Öffnung von Grenzen und für

die Beseitigung jedweder Handelsschranken sein. Wir wissen, das ist nicht immer einfach. Auch liberale Handelspolitik ist kein Wohltätigkeitsdienst, sondern Voraussetzung für langfristiges Wachstum. Die Verhinderung von Protektionismus ist ein Dienst an der europäischen Volkswirtschaft und kein Geschenk für dritte oder vierte Staaten. Es ist hinlänglich bekannt: Protektionismus kostet mehr Einbußen an wirtschaftliche Potenz, als es vordergründig Vorteile zu bringen scheint."
(Peter Kittelmann)

2. Binnenmarkt nicht ohne europäischen Sozialraum

Der Binnenmarkt bringt sozialen Schub

„Der Binnenmarkt selbst bringt sozialen Schub: 5 Millionen neue Arbeitsplätze, 1 Million für uns, das rechnen kluge Leute aus. Wir versprechen uns vom europäischen Binnenmarkt einen Schub auf dem europäischen Arbeitsmarkt. — Die Arbeit ist noch immer die Quelle aller Sozialpolitik. Arbeit kann durch keine soziale Unterstützung ausgeglichen werden. Den europäischen Sozialraum verstehe ich nicht als Einöde; verstehe ich nicht als Nivellierung, weder als Nivellierung auf der Maximalhöhe noch auf dem Minimum."
(Bundesminister Norbert Blüm)

Gemeinsamer Sicherheitsstandard der EG im Arbeitsschutz notwendig

„Unseren Beitrag zu einem europäischen Arbeitsschutz beginnen wir mit einem gemeinsamen Sicherheitsstandard in den Betrieben für die europäischen Arbeitnehmer bei gefährlichen Arbeitsstoffen, im Maschinenschutz. Darum kämpfen wir. Wir haben in unserer Präsidentschaft mehr Richtlinien als zehn Präsidentschaften vor uns auf die Bahn gebracht. Wir arbeiten weiter daran."
(Bundesminister Norbert Blüm)

Sozialer Frieden und Sozialstaat sichern unseren Vorsprung

„Über den Industriestandort Bundesrepublik wird viel diskutiert. Stellen wir unser Licht doch nicht unter den Scheffel! Einer unserer größten Vorsprünge besteht in einem Ausmaß sozialen Friedens, wie es in ganz Europa nicht zu sehen ist . . . Ich will für uns festhalten — ich hoffe, darin stimmen wir überein —, daß

unser Sozialstaat einer europäischen Integration nicht zur Disposition gestellt wird. Es wäre gut, wenn das eine übereinstimmende Meinung aller wäre, die hier politische Verantwortung tragen."
(Bundesminister Norbert Blüm)

Mitbestimmung wird der europäischen Einigung nicht geopfert

„Unsere Mitbestimmung wird der europäischen Einigung nicht geopfert. Sie ist eine Quelle, aus der die Zusammenarbeit der Sozialpartner in unserem Land gespeist wird. Ich denke an die Tarifautonomie, die Selbstverwaltung, alles unverzichtbare Bestandteile unseres Sozialstaates, die uns ein hohes Maß sozialer Befriedung und ein hohes Maß des sozialen Wohlstandes geschaffen haben."
(Bundesminister Norbert Blüm)

Europa braucht Dialog der Sozialpartner

„Auch in Europa brauchen wir den Dialog der Sozialpartner. Ich rufe Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf, auch den europäischen Dialog zu suchen, Vereinbarungen zu treffen, die der EG-Vertrag zuläßt, die Grundlage für Rechtsakte der Gemeinschaften und damit auch einen Sockel von sozialen Grundrechten zu schaffen."
(Bundesminister Norbert Blüm)

Sozialraum braucht Marktwirtschaft

„Wenn wir an die weitere Ausgestaltung des europäischen Sozialraumes gehen, sollten wir uns an die Entwicklung in unserem eigenen Land erinnern. Die SPD ist damals der Marktwirtschaft mit großer Skepsis begegnet. Aber diese Marktwirtschaft brachte die Voraussetzung für unser heutiges Sozialniveau. Auch damals wurde nicht alles sofort gesetzlich geregelt. Aber es hat sich dank der Vernunft der Sozialpartner und der Politik zum Guten entwickelt."
(Hans-Joachim Fuchtel)

Strukturfonds – wichtiges Instrument gegen Arbeitslosigkeit

„Bundeskanzler Helmut Kohl hat darüber hinaus mit seiner Zusage zur Aufstockung der europäischen Strukturfonds Mut bewiesen. Sie von der SPD haben uns in den Haushaltsdebatten dafür in jüngster Zeit gescholten. Jetzt fordern Sie in Ihrem Antrag auf einmal — ich zitiere —, ‚die Arbeit der

neuorganisierten Strukturfonds zu unterstützen'. Natürlich tun wir dies. Wenn Sie uns schon gescholten haben, dann formulieren Sie aber bitte künftig etwas ehrlicher, nämlich: Wir schließen uns der Auffassung der Bundesregierung in dieser Frage an.

Die Strukturfonds sind neben dem europäischen Binnenmarkt als solchem das eigentliche Instrument, um gegen das sozialpolitische Sorgenkind Nummer eins, die Arbeitslosigkeit, anzugehen. Natürlich gibt es noch weitere notwendige Maßnahmen. Wir verweisen die anderen Länder aber nicht darauf, etwa im Wege einer Belehrung, sondern wir anerkennen zunächst einmal die Verpflichtung zur europäischen Solidarität im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit."
(Hans-Joachim Fuchtel)

SPD-Propaganda gegen Sozialpolitik

„Noch ist uns das von der SPD verbreitete Propagandagerede vom ‚sozialpolitischen Rückschritt' und von der ‚Sozialdemontage in der Bundesrepublik Deutschland' im Ohr; die SPD spricht von ‚sozialer Kälte', von ‚Umverteilung von unten nach oben' u.ä. . . . all diese Vorwürfe stellen sich bei ihnen in der europäischen Dimension natürlich in einem anderen Licht dar. Nunmehr preist die SPD den hohen sozialen Standard in der Bundesrepublik Deutschland und fordert, ihn auch im Binnenmarkt 1992 zu erhalten. Die SPD verteufelt auf der einen Seite das, was sie auf der anderen Seite erhalten wissen will. Eine merkwürdige Logik ist das!"
(Wolfgang Bötsch)

3. Umweltpolitik in Europa

Spitzenreiter im Umweltschutz

„Auch der Umweltschutz gebietet, den umweltproblematischen Verkehrsträgern Straße und Luft die durch sie verursachten Kosten anzulasten . . . die Umweltauswirkungen des Straßenverkehrs — das gilt für Pkw wie für Lkw — erfordern die Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten, eine Schadstoffreduzierung herbeizuführen. Die Bundesregierung ist, so wie sie in der Europäischen Gemeinschaft im automobilen Umweltschutz Speerspitze und Rammbock gewesen ist, auch in der Zukunft bereit, durch Überzeugungsarbeit die Spitzenreiterrolle fortzusetzen."
(Bundesminister Jürgen Warnke)

4. Föderalismus: Europas Vielfalt erhalten

Auch im Binnenmarkt nationale und regionale Eigenständigkeiten bewahren

„Es muß möglich sein, auch in einem größeren Markt nationale und regionale Eigenständigkeiten zu bewahren. Gemeinsamer Markt bedeutet ja nicht Einheitsbrei. Gemeinsamer Binnenmarkt heißt nämlich auch kulturelle, strukturelle und wirtschaftliche Vielfalt zu erhalten und zu fördern."
(Constantin Frhr. Heereman von Zuydtwyck)

Föderalistische Struktur Europas

„Unser Ziel ist ein föderatives Europa. Kulturelle Eigenarten und gesellschaftliche Vielfalt Europas sind Stärken, nicht Schwächen. Nur föderale Strukturen können sie erhalten; nur föderale Strukturen gewährleisten die Bürgernähe der Entscheidungen und eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung.

Leider ist davon auszugehen, daß fast alle EG-Mitgliedstaaten an die von uns vertrauten Verfahren und verfassungsrechtlichen Kompetenzbeschränkungen einer Föderation nicht gewöhnt sind. Daher sollten Bund und Länder in ihren Bemühungen nicht nachlassen, den föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland als Modell für Europa herauszustellen. Aus diesem Grund sind länderfeindliche Töne — gleich, aus welcher Ecke sie kommen — europafeindlich."
(Georg von Waldenfels)

5. Leistungsfähiger und sicherer Verkehrsmarkt

Kein Abgehen von unseren Verkehrssicherheitsstandards im europäischen Markt

„Für uns ist es klar, daß wir im europäischen Markt von unseren hohen Verkehrssicherheitsstandards nicht abgehen. Deshalb haben wir verschärfte Bedingungen für den Transport gefährlicher Güter eingeführt, und wir werden in Zukunft auch allen Wert darauf legen, daß wir im Bereich der Sicherheit eine vorbildliche Funktion in der Europäischen Gemeinschaft wahrnehmen können."
(Rainer Haungs)

Eisenbahn in Europa

„Wer über Europa redet, kann und muß über die neue Position der Bundesbahn und generell der Eisenbahn in Europa sprechen. Rieseninvestitionen zum Bau von Schnellbahnstrecken in ganz Europa werden derzeit begonnen. Man kann euphorisch von einer Renaissance der Bahn sprechen."
(Rainer Haungs)

Marktinformationssystem für Fuhrunternehmer

„Wir brauchen im europäischen Verkehrsmarkt Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der mittelständischen Fuhrunternehmer. Damit sich diese kleinen und mittleren Verkehrsunternehmer im Binnenmarkt behaupten können, sollen sie an die Möglichkeiten der Marktinformation durch eine Hilfe in der Beratung und Kommunikation herangeführt werden, durch Einrichtung eines modernen Datenverarbeitungssystems, das es ihnen ermöglicht, die Chancen von Kopenhagen bis Palermo, von Lissabon bis nach Athen zu nutzen. Die Bundesregierung will bei der Entwicklung dieses Systems Starthilfe leisten."
(Bundesminister Jürgen Warnke)

6. Europäische Einigung und deutsche Einheit sind kein Widerspruch

Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas gleichrangige Ziele

„. . . bei unserem Einsatz für Europa sind wir uns allerdings der Tatsache bewußt, daß EG-Europa nicht das ganze Europa ist, sondern nur ein Teil jener Länder umfaßt, die sich gegenwärtig zusammenschließen können und wollen. Gerade wir Deutschen leiden unter der Teilung Europas, weil die Teilung Europas auch die Teilung Deutschlands ist und diese Grenze eben mitten durch Deutschland geht. Für die CDU/CSU-Fraktion sind die Überwindung der deutschen Teilung und die Vereinigung Europas zwei gleichrangige Ziele. Wie vor 40 Jahren stehen wir auch heute noch zur Präambel unseres Grundgesetzes. Sie will die Einigung Europas, und sie fordert das deutsche Volk auf, ‚in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden'. Die CDU/CSU-Fraktion steht vorbehaltlos zu dem Anspruch des deutschen Volkes auf die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, auch und gerade im Rahmen der europäischen Einigung. Sie ist in unseren Augen geradezu das Instrument, um die Wiedervereinigung zu ermöglichen."
(Wolfgang Bötsch)

Einheit Europas und Deutschlands sind Verfassungsziele

„Angesichts des fortschreitenden Integrationsprozesses ist es nach innen und außen bedeutsam, so meine ich, daß die Deutschen klarmachen, daß sie die Europäische Union als politische Union bejahen, da sie im Einklang mit dem zweiten Verfassungsziel — nämlich ein vereintes Gesamteuropa zu schaffen — mit die Voraussetzungen schaffen kann, daß alle Völker in Europa auch das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können. Daher erhebt die Koalition in ihrem Entschließungsantrag die Forderung, in einem Gründungsentwurf für die politische Europäische Union als gemeinsames Ziel zu verankern, die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden. Denn wir alle stimmen zweifelsohne darin überein: Das eine ist ohne das andere nicht möglich . . . Die Europäische Union ist, wenn wir unser ganzes deutschlandpolitisches Engagement in den Integrationsprozeß einbringen, kein Schritt von der Einheit der Deutschen weg, sondern vielmehr ein Schritt auf dem Wege zu einer gesamteuropäischen Ordnung, in der sich die Chance für die Einheit auftun wird." **(Herbert Werner)**

„Die Ziele der Gemeinschaft stehen nicht im Gegensatz zu den Zielen unserer Verfassung. Freiheit und Einheit der Europäer — dies ist gleichbedeutend mit der Freiheit und Einheit aller Deutscher. Berlin ist Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft. Durch den innerdeutschen Handel zieht auch die DDR beträchtlichen Nutzen aus der Europäischen Gemeinschaft. Verbindungen und Bindungen werden deutlich, die auch Ost und West in Europa einander näherbringen können. Eine Friedensunion muß sich als eine Gemeinschaft begreifen, die ihren Frieden allen vermittelt, Frieden auf der Grundlage von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Dies ist die Hausordnung in der Europäischen Gemeinschaft. Die zwölf Parteien, die heute bereits dieses gemeinsame Haus bewohnen, werden sich nicht gegen neue Mieter sträuben, aber sie werden dafür nicht ihre Hausordnung ändern."
(Hans Stercken)

7. Für eine gemeinsame europäische Außenpolitik

Gemeinsame Außenbeziehungen – Europa muß mit einer Stimme sprechen

„Heute gewährleistet die Gemeinschaft oft nur Information und Koordination bei der Wahrung ihrer außenpolitischen Interessen. Politische Union setzt jedoch voraus, daß Sicherheit und Außenbeziehungen gemeinsam definiert und dann

auch vertreten werden — welchen Sinn hätte sonst die Formel, daß Europa mit einer Stimme sprechen sollte? Die Gemeinschaft wird die legitimen Interessen ihrer Mitgliedstaaten dann auch nach außen hin zu vertreten haben.“
(Hans Stercken)

8. CDU – die deutsche Europapartei

Helmut Kohl – einer der wichtigsten Baumeister Europas

„Helmut Kohl ist ein Europäer aus Berufung, der jetzt verwirklicht, was er sich in seiner Jugend geschworen hatte. Die Geschichtsschreibung wird ihn zweifelsfrei einmal als einen der wichtigsten Baumeister Europas bezeichnen.“
(Wolfgang Bötsch)

Helmut Kohl hat Europa neuen Schwung gegeben

„Dieser Bundeskanzler hat als Präsident der Europäischen Gemeinschaft in einem halben Jahr mehr geleistet als andere in zehn Jahren.“

Der Vorsitzende der EG-Kommission, Jacques Delors

CDU-Dokumentation — Verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn.